

Familien 2022 zwischen Stresstest und Transformation - Aspekte der regionalen Unterschiede

Marie-Theres Wenzel

FAMILIEN 2022 - ALLES IST ANDERS

Der Frieden im Großen und die Zufriedenheit im Kleinen sind gefährdet. Eine Gesellschaft, die zu großen Teilen eine lange Wohlstandsentwicklung erleben durfte, hat die Krise. Es trifft alle, aber nicht alle gleich. Die Energiekrise, die Klimakrise, die Inflation, die Pandemie, die Not der Flüchtlinge, die Kriegsgefahr und die rezessive Grundstimmung durchwirken alle Lebensbereiche. Vor allem für Familien in ohnehin schwierigen Lebenslagen gilt: Es ist mehr als ein Stresstest.

Hohe Erwartungen richten sich an Politik und Staat. Noch gegenwärtig ist die Skepsis gegenüber der Corona-Politik. Keine der Krisen wird schnell oder separat lösbar sein. Zuspitzungen waren schon vor dem Jahr 2022 erkennbar. Der Klimawandel ist längst eine Klimakrise. Warum erzwingt erst die geopolitische Auseinandersetzung über eine Energiekrise das tatsächliche Einsparen fossiler Brennstoffe? Die Dynamik vielfältiger Problemlagen legt offen: soziale Gerechtigkeit ist mehr als das Befrieden der Bedürfnislagen unserer Generationen. Das Geschehen von heute ist die Zukunft von Gestern und die hatte man sich anders vorgestellt.

Dieser Beitrag versteht sich als Innehalten in verschiedener Perspektive, als Wahrnehmung mit Vorsicht in der Bewertung. Fragend wird gesellschaftliche Spaltung und Destabilisierung thematisiert: Wann ist welches Narrativ an welcher Stelle angebracht?

Unverkennbar sind regionale Unterschiede der Lebenslagen von Familien in Deutschland. Sie zeigen sich im Nord-Süd-Gefälle, in Unterschieden zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost und West. Differenzierungen sind dokumentiert in materiellen und strukturellen Daten über Einkommen, Kaufkraft und Vermögen, in sozioökonomischen Fakten der Bedürftigkeit, der Armutsgefährdung, der Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Beteiligung, in sozialdemografischen Aspekten der Alten- und Jugendquotienten, des Pflegebedarfes, der Geburtenentwicklung, der Zu- und Abwanderung. Diese Daten und Aspekte müssen mehr denn je in zeitgeschichtlichen Zusammenhängen betrachtet werden. Auch gelten die Einflüsse von religiöser Zugehörigkeit, Traditionen und Kulturen. Nicht zuletzt ist - unabhängig von regionalen Gegebenheiten - das individuelle Verhalten geprägt in der primären Familiensozialisation, durch persönliche Haltungen und Hoffnungen.

Auf komplexe Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Medienwirksame Bilder und Berichte aus dem Osten dokumentieren eine polarisierend laute Protestkultur, Verunsicherung, Enttäuschung und dann doch: hohe Erwartungen. Die sich hier zeigende regionale Differenzierung ist im Terminus der ‚strukturell schwachen Region‘ nicht beschrieben.

Warum? Im Raum der ‚neuen‘ Länder der Bundesrepublik vollzogen sich im Zeitraum von lediglich 80 Jahren meh-

tere tiefgehende, teils bis heute unvollendete, teils gegenläufige Transformationsprozesse. In den ganz östlichen Regionen waren in und nach der nationalsozialistischen Diktatur – mit dem Vorrücken der Sowjetarmee - die Nöte der Menschen in Umsiedlung, Flucht und Vertreibung sehr unmittelbar. Danach blieb für lange Zeit der „Eiserne Vorhang“ greifbar nah - in jeder Beziehung. Der Status der sowjetischen Besatzungszone galt mit Gründung der DDR nicht überwunden; entbehrungsreicher Wiederaufbau, der Aufstand 1953 und der Exodus in den Westen markierten die Zeit. Die Besatzungsmacht behielt bis zum Ende der DDR maßgeblichen Einfluss. Und von außen betrachtet blieb die DDR bis zum Schluss die „Zone“. Der politischen Wende im Jahr 1989 folgte erneut die Abwanderung einer jungen Generation. Deindustrialisierung¹ und Arbeitslosigkeit, aufwendige ökologische Sanierung und Wiederaufbau forderten heraus. Wird die ‚jüngere‘ Transformation jährlich zum Tag der Deutschen Einheit thematisiert, so braucht das aktuelle Begreifen einen größeren Zeithorizont. Überfordert die nun anstehende, sozialökologische Transformation die Menschen? Sicher Gegläubtes gerät erneut ins Rutschen. Die Solidarität mit Hilfe suchenden Geflüchteten scheint zu ermüden.

Lässt eine in Generationen der DDR-Bildung proklamierte „Freundschaft“ zu Völkern der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht eher die Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge und die Verurteilung der russischen Aggression erwarten, als den Ruf nach Putins billigem Gas und nach Lockerung von Sanktionen? Helfen Aufklärungen über komplexe Sanierungs- und Umverteilungsprozesse sowie über historische Zusammenhänge? Das ist alles weit weg; der Alltag fährt auf Sicht. Doch verhindert eine polarisierend kommunizierte Geschichtsvergessenheit in dieser Zeit das Vertrauen in die freiheitliche Demokratie. Gleichwohl kann man besondere Initiativen erleben: Gegenseitiges Zuhören, Verstehen und das Zugestehen besonderer Erfahrungen und Ängste sind möglich und eröffnen einen anderen Horizont. Menschen in schwieriger, existenziell bedrohter Situation leben in allen Bundesländern.

II. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“- Narrativ oder Staatsziel: Möglichkeiten und Grenzen

Vorweg: regionale Differenzierungen in Lebenslagen der Menschen beruhen nicht auf beabsichtigter Bevorzugung oder Benachteiligung. Zurzeit münden Erwartungen an gleichwertige Lebensverhältnisse auch in hohe Ansprüche auf absichernde Kompensation krisenbedingter Verluste.

¹ <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47137/strukturwandel-nach-entindustrialisierung/>



Der Begriff „gleichwertige Lebensverhältnisse“ thematisiert den Unterschied: Aus differenzierten Standortbedingungen sollen den Menschen keine strukturellen Nachteile erwachsen. Der politische Wille, die rechtlichen Rahmenbedingungen und finanzielle Mittel dafür sind gegeben.

Nach Artikel 72 des Grundgesetzes kann der Bund auf bestimmten Gebieten der konkurrierenden Gesetzgebung nach Artikel 74 das Gesetzgebungsrecht wahrnehmen, wenn es die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit erfordert.

Das Raumordnungsgesetz gibt auf, dass auf den Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen hinzuwirken ist.

Seit 1969 zielen Förderprogramme der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auf die Stärkung strukturschwacher Regionen, auf den Ausgleich standortbedingter Nachteile und die Sicherung von Beschäftigung. Dokumentiert sind Ergebnisse der jahrzehntelangen Investitionen in Infrastruktur, ökologische Sanierung, Verkehr und Versorgung. Seit 1990 werden 75 Prozent der Mittel in den neuen Ländern investiert.²

Die Kommission der Bundesregierung "Gleichwertige Lebensverhältnisse" schlug vor, wie in Zukunft Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen gerecht verteilt werden können. Im Juli 2019 beschloss das Bundeskabinett zwölf prioritäre Maßnahmen zur Umsetzung.³

Aber: In der Krise offenbaren sich die Grenzen sozialpolitischer, wirtschaftlicher, investiver Maßnahmen. Sie sind nachlaufend. Folgen historischer Ereignisse, Folgen des Klimawandels und des demografischen Wandels sind komplex, generationenübergreifend und zum Teil „irreversibel“.

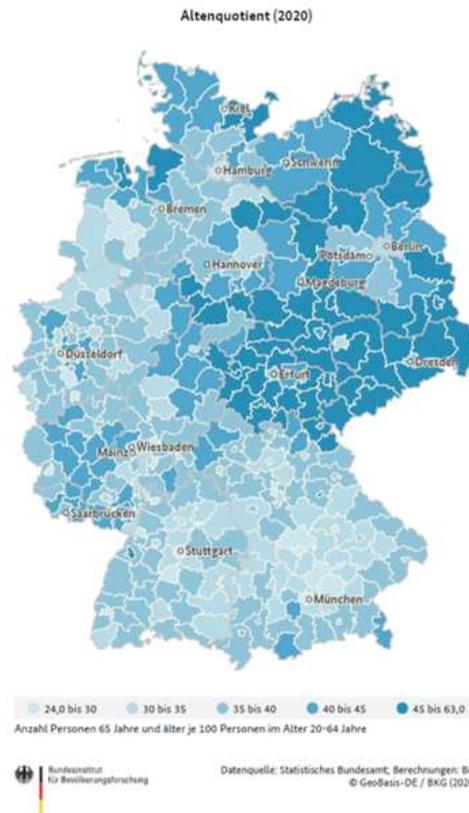
Mehrfache Abwanderungsbewegungen erzeugen bis heute Echoeffekte: In manchen Regionen fehlt eine ganze Elterngeneration, weil junge Menschen fortgingen; aktuelle Geburtenraten sinken nach kurzem Anstieg wieder. Der demografische Wandel reift zur demografischen Krise: Fehlender Nachwuchs, Fachkräftemangel in Wirtschaft und Sozialwesen hemmen die Entwicklung. Plätze zur Kinderbetreuung stehen – auch wegen fehlenden Personals – in vielen Regionen nur mit relativ schlechtem Betreuungsschlüssel⁴ zur Verfügung, in den

² „Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ (GRW)“ durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle, - Endbericht -, Halle (Saale), Coburg, 12. Juni 2020, Seiten 2., 6 und 10; https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/evaluierung-der-gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-der-regionalen-wirtschaftsstruktur-durch-einzelbetriebliche-erfolgskontrolle-endbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=10

³ <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190710-kom-gleichw-LV-DEU-atlas.html>

⁴ <https://www.laendermonitor.de/de/vergleich-bundeslaender-daten/personal-und-einrichtungen/personalschluesel-1>

Schulen fehlen Lehrer, in den Pflegeheimen die Pflegekräfte⁵. Bald entzieht der Renteneintritt der großen „Babyboomer Generation“ dem Arbeitsmarkt ein immenses Volumen an Erwerbsarbeitsvermögen. In der Rentendiskussion ist die Stimmung trüb: Wer soll die gesetzlichen Rentenansprüche erwirtschaften? Wird der Altenquotient zur „Inflationsrate“ des Zukunftspotentials? Parallel konterkarieren die mit Krisen und Krieg verbundenen Aufwendungen bereits heute die ‚gleichwertigen Lebensverhältnisse‘ der kommenden Generationen!



III. Familien und Inflation

Inflation verunsichert. Je nach Lebensalter und -geschichte gibt es verschiedene oder gar keine Vorerfahrungen im Umgang mit dieser Ohnmacht. Übersteigen die unvermeidbaren Kosten das Einkommen, droht Bedürftigkeit. Familien brauchen Lebensmittel, Kleidung und Mobilität. Mehrfach durchschlagend ist die Erhöhung der Erzeugerpreise⁶. Nicht erst seit Beginn des Krieges in der Ukraine steigen die Preise für Energie. Doch waren die Energiepreise im Oktober 2022 im Durchschnitt um 85,6 % höher als im Vorjahresmonat.⁷ Die durchschnittliche Preisentwicklung für Privathaushalte wird mit dem Verbraucherpreisindex (VPI) bzw. seiner Veränderung zum Vorjahreszeitraum gemessen und vom Statistischen Bundesamt regelmäßig vermeldet. Haushalte kämpfen nicht selten mit einer tatsächlich

⁵ Rothgang, H.; Kalwitzki, T.; Amsbeck, H.; „Pflege in Deutschland im Jahr 2030 regionale Verteilung und Herausforderungen“; Bertelsmann Stiftung; www.wegweiser-kommune.de

⁶ <https://www.bundesbank.de/dynamic/action/de/statistiken/zeitreihen-datenbanken/zeitreihen-datenbank>

⁷ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_488_61241.html

höheren Inflation. Der Vergleich des haushaltseigenen Verbraucherprofils mit dem Wägungsschema des Warenkorb, das dem VPI zu Grunde liegt, erklärt die Diskrepanz. Die Promilleanteile für Nahrungsmittel, Wohnung, Wasser, Strom und Gas sowie Verkehr und Transport umfassen insgesamt mehr als die Hälfte des Index. Das wirkt sich in Haushalten mit mehreren Personen entsprechend aus. Dabei sind die Einsparpotentiale bei Familien mit Kindern bzw. in Haushalten, in denen Menschen mit Behinderungen, Kranke, oder Hochbetagte leben, beschränkt. Energiearmut, bei welcher die Aufwendungen für Energie höher sind als 10 % des Nettoeinkommens, betrifft Haushalte mit niedrigen Einkommen und indisponiblen Bedarfen besonders schnell. Haushalte mit wenigen Rücklagen geraten in Existenznot; erzwungene Einsparungen im Energieverbrauch – z. B. für Wärme und Lebensmittelzubereitung - mindern spürbar die Lebensqualität - besonders für Kinder.

Familienpolitischer Hinweis: Erfassen statistische Erhebungen den latenten Sparmodus von Haushalten mit Niedrigeinkommen? Nicht selten ist der Alltagsverbrauch an notwendigen Gütern in vielen Familien bereits außerhalb der Krisen unterdurchschnittlich. Das wäre im Vergleich der Zahlen und „Einsparleistungen“ von Famili-

einen 4-Personen-Haushalt um 55,8 % (im Jahr 2020)⁸ an.

IV. Regionale Differenzierung: Einkommen und Kaufkraft

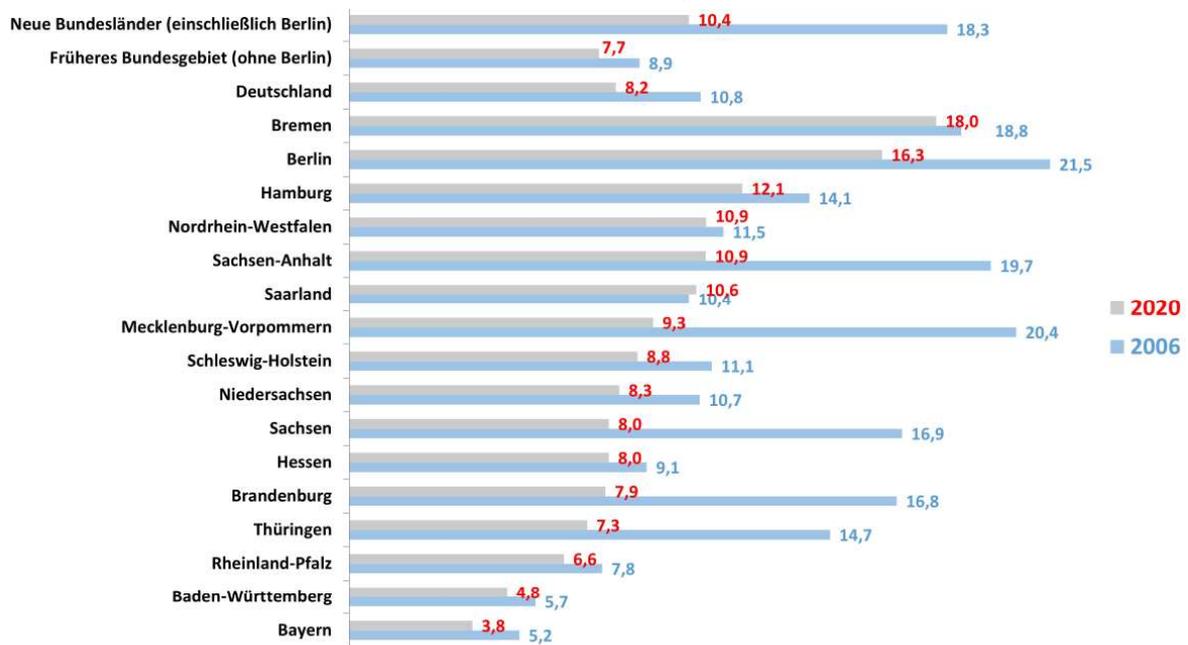
Schon das Wikipedia Kompendium⁹ dokumentiert die regional differenzierten Erwerbseinkommen. Die einkommensschwächsten Regionen liegen im Nordosten Deutschlands. Es zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle und alle Regionen der neuen Bundesländer blieben im Jahr 2019 mit ihrem durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen unter dem Medianwert von 23.418 EUR pro Person.

Dabei zeigt die Entwicklung der Zahlen sozialer Mindestsicherungsleistungen im Zeitraum 2004 bis 2020 in den neuen Bundesländern einen deutlichen Rückgang. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Bayern und Baden-Württemberg verzeichnen Zuwächse: Im genannten Zeitraum halbierte sich die Zahl der „Hartz-IV-Empfänger“ in den neuen Ländern¹⁰. Das ist durch eine hohe Beschäftigungsquote aber auch sozialdemografisch verursacht: z. B. durch den Rückgang der Geburtenzahlen und den Anstieg des Anteils der über 65-Jährigen (Altern der Gesellschaft, Renteneintritt). Maßgeblich wirksam ist der anhaltende Niedriglohnbe-

SGB II-Quote* in % nach Bundesländern im Dezember 2006 und 2020

*Anteil der Leistungsberechtigten nach SGB II an der Bevölkerung im Alter von 0 bis zur Regelaltersgrenze (65 bzw. 67 J)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit



enhaushalten zu bedenken. Auch vermögensbedingt unterschiedliche Potentiale für technische Maßnahmen zur Energieeinsparung verdeutlichen: Prekäre Lebenslagen schränken Optionen zur Krisenbewältigung ein. Die Zahlen der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) des Statistischen Bundesamtes ergeben, wie viel mehr eine durchschnittliche, 4-köpfige-Familie durch Konsumausgaben belastet ist. Im Vergleich zum durchschnittlichen Haushalt steigen die privaten Konsumausgaben für

zug: War das vergleichbar niedrige Einkommensniveau der Nachwendegeneration in einigen Regionen ein Standortvorteil für Investoren, so ist dessen Verstetigung inzwischen ein potenzieller und nachhaltiger Verlust für junge Generationen und nicht Ausdruck ihrer geminder-

8 <https://www.ideal-versicherung.de/magazin/was-kostet-eine-familie/>

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Einkommensverteilung_in_Deutschland

10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

ten Leistungsfähigkeit. Bei niedrigen Einkommen verhindern Möglichkeiten zum ergänzenden Bezug von Wohngeld und Kindergeldzuschlägen ein ‚Abrutschen‘ in den Hartz-IV-Bezug. Hier ist zu fragen, ob diese Leistungen die Verstetigung des Niedriglohnes „fördern“: Haben Vergütungen im Niedriglohnssektor diese ergänzenden – wenn auch weniger stigmatisierenden – Sozialleistungen langfristig eingepreist? Wer verdient – mitunter am Ende der ‚verlängerten Werkbänke‘ – am Nutzen der geminderten Lohnkosten? In den neuen Ländern waren im Jahr 2020 nur 19 Prozent der Betriebe¹¹ tarifgebunden, was eine solche Entwicklung fördert.

Fokus junge Eltern: Die Zahlbeträge im Elterngeld¹² verdeutlichen das unterschiedliche Einkommensniveau. In Hamburg wird durchschnittlich 35% mehr Elterngeld im Monat bezogen. Auch Erwerbstätigkeit vor der Geburt wirkt sich nicht überall so elterngelderhöhend aus wie zum Beispiel in Bremen. Das sehr differenzierte Lohnniveau zeigt sich gravierend im Elterngeld für Väter.

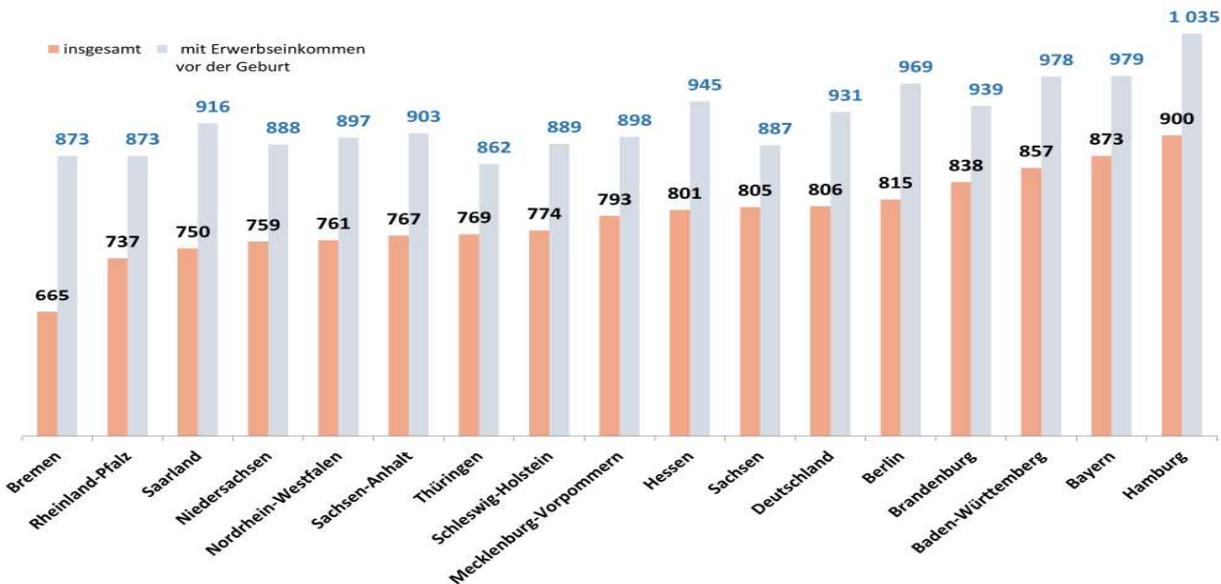
rend sie in Westdeutschland rund 15 Prozent betrug. Aber auch hier ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland jüngst nicht gewachsen sind (Schröder et al., 2019). Werden allerdings Unterschiede in der Kaufkraft zwischen Ost und West aufgrund von Preisunterschieden berücksichtigt, so fällt die Differenz in der Niedrigeinkommensquote geringer aus. (Schröder et al., 2019)¹³.

Ein vom Institut für Wirtschaftsforschung Köln konstatiertes, durchschnittlicher Kaufkraftgewinn im Osten ist durch die Inflation schnell verbraucht. Ohnehin relativiert er sich in Haushaltsformen, die hohe Kostenanteile für Versorgungsinfrastrukturen aufbringen müssen. Nachweislich sind haushaltsbezogene Ausgaben für Energie, Trinkwasser, Abwasser in einigen Regionen der Bundesrepublik erhöht. Die hohen Investitionskosten der 90-er Jahre sind zu refinanzieren.

Höhe des durchschnittlichen monatlichen Auszahlungsbetrages Elterngeld im Bezugszeitraum 2021 in Euro

Quelle: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Elterngeld/_inhalt.html#_y439ide29

differenzierte Wirkung der Erwerbstätigkeit vor der Geburt auf Höhe des Elterngeldbetrages



„So liegt die Niedrigeinkommensquote in Ostdeutschland in allen Jahren über der in Westdeutschland. [...] Vielmehr sind die Unterschiede zwischen den Jahren 2002 und 2005 wieder größer geworden, und zwar in einer Phase, in der in beiden Teilen der Republik die Arbeitslosigkeit hoch war. Im Osten war sie jedoch noch einmal deutlich höher (Krause, 2019). In den Folgejahren ist dann ein ähnlicher Verlauf der Niedrigeinkommensquoten in beiden Landesteilen zu beobachten. Mit dem Unterschied, dass die Niedrigeinkommensquote im Jahr 2017 in Ostdeutschland bei rund 22 Prozent lag, wäh-

¹¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft ©2022 IW Medien/iwd
¹² https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Elterngeld/_inhalt.html#_y439ide29; eigene Berechnungen

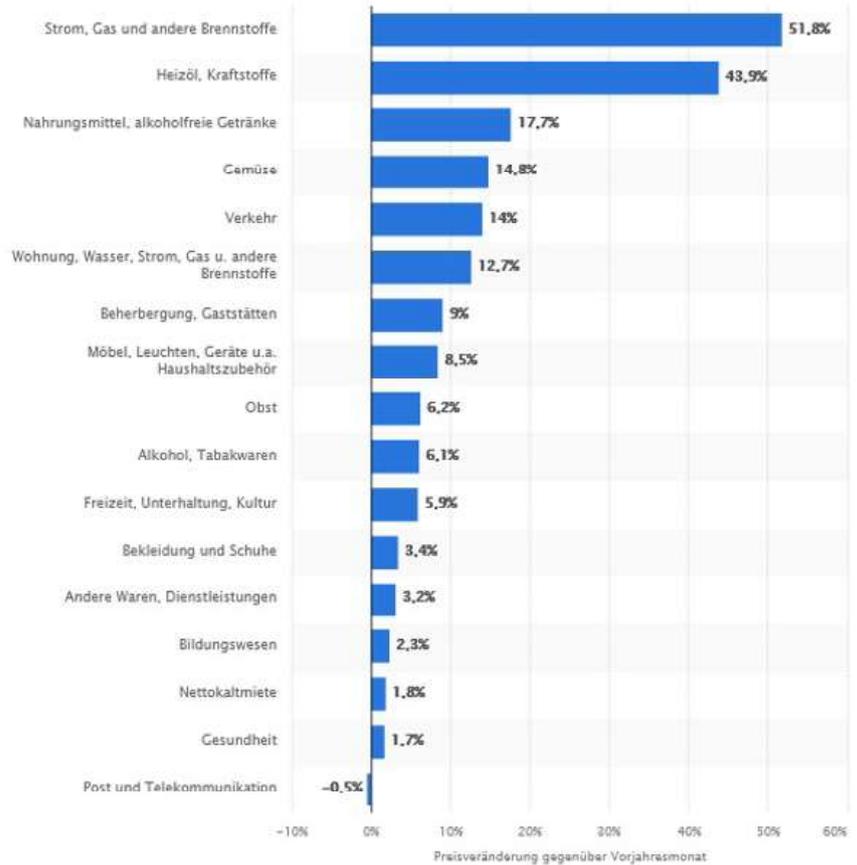
V. Umverteilung

Bekannt ist das Maß der Umverteilung, welches mittels Steuer- und Transfersystem in Deutschland in großem Volumen wirksam wird. Gleichwohl müssen Familien- und Wohlfahrtsverbände eine realistische Kalkulation des Existenzminimums stetig einfordern. In der Krisenlage werden sich die Koordinaten der Umverteilung zu Gunsten der ganz Bedürftigen verschieben. Die politische Kommunikation sollte über die besondere Notwendigkeit und über Erfolg und Ergebnisse der Umverteilung aufklären. Zahlen des Sozialleistungsbezuges kennzeichnen Bedarf und Bedürftigkeit der Menschen aber auch

¹³ Stockhausen, M; Caldero, M; IW Köln „IW Verteilungsreport 2020“

Preissteigerung für ausgewählte Waren und Dienstleistungen im September 2022

(gegenüber Vorjahresmonat)
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1048/umfrage/preissteigerung-fuer-ausgewaehlte-waren-und-dienstleistungen/>



die solidarische Leistung der sozialstaatlich geprägten Gesellschaft. Die Veränderung des Ungleichheitsquotienten, des Gini, von 0,49 bei Markteinkommen auf 0,29 bei verfügbarem Einkommen der Haushalte in Deutschland 2018¹⁴, dokumentiert die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates. Werden leistungsbeziehende Haushalte und Personen unverändert in der Armutsstatistik der Bedürftigkeit erfasst, verschweigt diese die Fakten von Wirksamkeit und Zielerreichung unterstützender Maßnahmen. Verschwendet die Politik an dieser Stelle ihre Argumente? Demokratievertrauen braucht Transparenz. Die Handlungsfähigkeit, das Wirksamwerden im individuellen Tun und Entscheiden kennzeichnen ein Leben in Freiheit und Autonomie. Familien brauchen eher Handlungsoptionen als Daueralimentation. Das müssen Umverteilungsprozesse realisieren. Die seit Jahrzehnten notwendige Auseinandersetzung der Familienverbände für Steuer- und Beitragsgerechtigkeit ist essentiell!

VI. In der Krise

Im November und Dezember feiern die Katholiken ihre „Krisenheiligen“. Es sind legendäre, starke Persönlichkeiten: Sankt Martin, der Krieger, der mit dem Schwert seinen Mantel so clever teilt, dass künftig weder der Arme noch der Reiche friert. Sankt Elisabeth, die Landgräfin, die Brot an Arme verteilt und mehr als den Hunger stillt. Sankt Nikolaus, der Bischof, der sein Erbe den Bedürftigen verschenkt und unerschrocken für Men-

schen eintritt, die in Gefahr sind. Was diese Heiligen - neben ihrem Motiv der Nächstenliebe - verbindet: Sie müssen ihr Tun gegen den Mainstream ihres eigenen, wohlhabenden Standes verteidigen. Legenden beschreiben Martin auf der Flucht in den Gänsestall, Elisabeth verwandelt zur Tarnung ihr Brot in Rosen und Nikolaus agiert zum Selbstschutz oft im Verborgenen. Gern wird - vor allem Kindern - davon berichtet. Legenden reichen nicht. Kinder und Jugendliche müssen es erleben: solidarisches Handeln ist modern und echt. Auch heute setzen sich mutige Menschen für die Zukunft der jungen Generation, für die Schwächeren, für die Fremden und Geflüchteten ein. Widerstände gibt es - bei den Mächtigen und bei den Ohnmächtigen. Werden trotz der Widerstände sozial gerechte und zukunftsfähige Entscheidungen getroffen?



Marie-Theres Wenzel

DV Erfurt, Dipl.-Betriebswirtin, Gründungsmitglied der Katholischen Elternschaft in Thüringen

Foto: privat

14 Raddatz, G., Armut und Ungleichheit in Deutschland - Empörungsdebatten führen in die Irre; Argument zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 162, April 2022